

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

26. November 1950

Blatt 1988

Eine Million Österreicher ohne Heim  
=====

## Bürgermeister Koref über die Probleme der Wohnungswirtschaft

26. November (Rath.Korr.) Im Mittelpunkt des 6. Österreichischen Städtetages, der heute Sonntag abgeschlossen wurde, stand ein großangelegtes Referat des Linzer Bürgermeisters Dr. Koref über Probleme der Wohnungswirtschaft.

Der Referent bezeichnete die Wohnungsfrage als das innerpolitische Kernproblem Österreichs. Die Lösung dieser Frage wird zum Prüfstein der Demokratie werden. Der Umfang der Wohnungsnot, erhellt aus der Tatsache, daß in Österreich rund 250.000 Wohnungen fehlen, das heißt, daß fast eine Million Menschen ohne Heim sind. Dabei sind die Fälle der überalterten und ungesunden Wohnungen nicht einbezogen. In 130 Gemeinden des Städtebundes hat die Bevölkerung seit 1945 ständig zugenommen. Dabei sind in diesen Gemeinden 145.600 Wohnungen durch Kriegseinwirkungen zerstört. 64.700 Wohnungen sind mittlerweile wiederhergestellt worden. Neu gebaut wurden 20.700 Wohnungen, während jedoch von den Besatzungsmächten noch immer rund 10.000 Wohnungen beschlagnahmt sind. Es ergibt sich also ein Defizit von 70.000 Wohnungen. Dabei sind 132.000 Wohnungssuchende vorgemerkt, und viele Menschen unterlassen es überhaupt, in ihrer Hoffnungslosigkeit sich anzumelden. Von diesen Vormerkungen sind mehr als 15.000 sogenannte Notstandsfälle; daneben gibt es noch rund 66.000 Menschen, die in Baracken hausen müssen und 14.000, die fluktuierend irgendwo als Bettgeher Quartier suchen müssen.

Bürgermeister Dr. Koref unterstrich die Bedeutung des Wohnungsanforderungsgesetzes, durch das 174.000 Wohnungen in den letzten Jahren von den Gemeinden zugewiesen werden konnten. Dem

gegenüber stehen nur 34.000 Meldungen der Hauseigentümer, obwohl sie dazu durch das Gesetz verpflichtet sind. Es wären also noch mehr Familien ohne Obdach, wenn die Gemeinden nicht vom Wohnungsanforderungsgesetz Gebrauch machen würden. Die Verlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes ist daher eine Frage des allgemeinen öffentlichen Interesses. In diesem Zusammenhang wandte sich der Referent gegen die vielfach verbreitete Meinung, daß die Gemeinden in den Wohnungsämtern ein Heer von Beamten beschäftigen. Es sind in Wirklichkeit nur 661 Beamte in ganz Österreich mit der Handhabung des Wohnungsanforderungsgesetzes beschäftigt.

Bürgermeister Dr. Koref beschäftigte sich dann mit den Möglichkeiten der Finanzierung des Wohnungsneubaus. Der im Budget des Bundes für 1951 eingesetzte Beitrag von 25 Millionen Schilling für den Bundeswohn- und Siedlungsfonds ist für eine wirksame Wohnbauförderung völlig unzureichend. Der Referent stellte daher den Antrag, an die Bundesregierung und die politischen Parteien zu appellieren, ausreichende Mittel zu beschaffen. Bürgermeister Dr. Koref sprach auch von der moralischen Verpflichtung derjenigen, die eine Wohnung haben, denen zu helfen, die wohnungslos sind. Leider ist der Zeitpunkt versäumt worden, eine Wohnbausteuer, die zweifellos gerechtfertigt wäre, einzuführen.

Eine schwere Sorge bedeutet auch die Erhaltung des Althausbesitzes. Ein großer Teil der Althäuser wäre schon abbruchreif, und es besteht die Gefahr, daß die Zahl der verfallenden Häuser bald größer sein wird, als die Zahl der Neubauten.

Zum Abschluß seiner Ausführungen sagte Bürgermeister Dr. Koref, er sei überzeugt, daß sich niemand der großen Bedeutung des ganzen Fragenkomplexes und der Wucht der Verantwortung entziehen könne. Jeder Plan, der volkswirtschaftlich und sozial zu verantworten ist, alles was geeignet ist, die Not zu lindern, muß von den öffentlichen Faktoren aufgegriffen und vorwärts getrieben werden. "Mögen die Verhandlungen, die derzeit über die Wohnbaufrage zwischen den verantwortlichen Stellen stattfinden, zu einem guten Ergebnis führen", schloß Dr. Koref seine mit großem Beifall aufgenommene Rede, "das ist der heisse Wunsch, zugleich aber die Forderung dieses Österreichischen Städtetages".

In der Debatte spricht zunächst Stadtrat Dr. Greiter (Innsbruck), der sich auch für den privaten Wohnbau einsetzte.

Bürgermeister Petschnik (Villach) verlangt in einem Antrag die beschleunigte Erledigung der vorliegenden Anträge auf Darlehen für die Wiederbeschaffung kriegszerstörten Hausrates. In der Debatte sprachen ferner die Bürgermeister Heindler (Leoben), Scheibengraf (Kapfenberg), Kainz (Waidhofen an der Thaya) und Forstner (Rottenmann).

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (Wien) verglich die Methoden des sozialen Wohnhausbaues in Österreich mit denen anderer Länder und stellte fest, daß in fast allen europäischen Staaten, mit Ausnahme von Jugoslawien, für den sozialen Wohnhausbau Subventionen gewährt werden. In Holland zum Beispiel übernimmt der Staat 50 Prozent der Baukosten, während die andere Hälfte von den Mietern getragen werden muß. Ein holländischer Arbeiter muß im Durchschnitt 12 bis 25 Prozent seines Einkommens für die Wohnung ausgeben. Ähnlich ist es auch in Großbritannien. Stadtrat Dkfm. Nathschläger meint dazu, daß auch in Österreich viele, wenn auch nicht alle, in der Lage wären, einen erhöhten Mietzins zu zahlen. Die andern sollten in Form von Mietzinszuschüssen unterstützt werden. Durch den verstärkten Rückfluß der Baukosten könnten auch wieder mehr Wohnungen gebaut werden. Stadtrat Dkfm. Nathschläger gab auch seiner Meinung Ausdruck, daß wir nicht länger über unsere Verhältnisse leben dürfen, wenn Wohnungen gebaut werden sollen. Zum Abschluß seiner Ausführungen spricht Dkfm. Nathschläger die Hoffnung aus, daß das Verhalten der Parteien im Parlament bei den kommenden Verhandlungen von dem gleichen hohen sittlichen Ernst getragen sein werden, wie man sie stets bei Bürgermeister Dr. Koref bemerkt hat. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister Dr. Koref spricht in seinem Schlußwort die Erwartung des 6. Österreichischen Städtetages aus, daß alle zuständigen Faktoren nun mit Initiative und Energie darangehen, den Notwendigkeiten der Stunde Rechnung zu tragen.

Bei der Abstimmung der Resolutionen und Anträge beschließt der Österreichische Städtetag einstimmig von der Bundesregierung einen ausreichenden Beitrag zur Wohnbauförderung, Förderung auch des privaten Wohnbaues, Bereitstellung von weiteren Mitteln für den Wiederaufbau und Einlösung des Versprechens der Hausrateent-

schädigung, zu fordern.

Sodann erstattete Generalsekretär Riemer den Tätigkeitsbericht des Sekretariats.

Den Bericht der Rechnungsprüfer legte Bürgermeister Dr. Hahn (Baden) vor.

Der Direktor der Städtischen Bestattung (Wien), Pröbsting, wendet sich dagegen, daß die kommunalen Unternehmungen fast in keiner Fachgruppe der Wirtschaftskammern vertreten sind. Er bringt einen Antrag zur Schaffung einer eigenen Sektion für die öffentlichen Unternehmungen in den Kammern zur wirksamen Vertretung der Interessen dieses Wirtschaftszweiges ein. Der Antrag wird vom Städtetag einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Aust (Graz) spricht zum Abschluß der Tagung dem Gastgeber des Städtetages, Bürgermeister Dr.h.c. Körner, und dem Generalsekretär Bundesrat Riemer den Dank aus.

Bürgermeister Steingötter (St. Pölten) stellt einen Antrag, daß der Städtetag die Bestrebungen der österreichischen Regierung zur Erlangung des Staatsvertrages unterstützen möge, damit in einem freien und unabhängigen Österreich wieder die Grundlage für eine fruchtbare Gemeindepolitik gefunden werden kann. Der Antrag wird unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Honay (Wien) beschließt als Vorsitzender den 6. Österreichischen Städtetag. Er stellt mit Genugtuung fest, daß die Tagung vom Geist strengster Sachlichkeit getragen war und spricht den Referenten, allen Debattenrednern, der Presse, den Stenographen und dem Sekretariat seinen Dank aus. Vizebürgermeister Honay gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß das kommende Jahr 1951 die Freiheit von der Besatzung bringen möge, damit die österreichischen Städte zum Wohle der Bevölkerung frei arbeiten können.